

---

## Berichte aus der Praxis

---

### Von der Beherrschbarkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie überzeugt

#### *Arbeitnehmer und Kernenergie*

Jede Energiepolitik muß die Erfahrungswerte berücksichtigen, daß der Energieverbrauch ansteigen wird, wenn wir ein steigendes Wirtschaftswachstum haben wollen. Denn ein steigendes Wirtschaftswachstum ist die Voraussetzung für die angestrebte Vollbeschäftigung.

Als Arbeitnehmer, die keinen zweiten Wohnsitz auf Sylt, im Schwarzwald oder sonstwo haben, legen wir aber auch großen Wert auf eine steigende Lebensqualität. Wir sind der Meinung, daß für den Umweltschutz das Möglichste getan werden muß, denn gerade hier im Ruhrgebiet kennen wir die Notwendigkeit des Umweltschutzes. Wir sind überzeugt, daß sich Umweltschutz, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum nicht ausschließen. Wollen wir aber Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Umweltschutz verwirklichen, müssen wir für ein steigendes Energieangebot sorgen.

Die Bundesrepublik ist als rohstoffarmes Land auf den Import und die Veredelung von Rohstoffen angewiesen. Zu Recht sind sich heute die rohstoffexportierenden Länder klargeworden über den Wert ihrer Rohstoffe. Den steigenden Mehrpreis aller importierten Rohstoffe können wir aber nur, wenn unser Lebensstandard nicht sinken soll, über ein steigendes Wirtschaftswachstum - also vermehrten Energieeinsatz - bezahlen. Vermehrter Energieeinsatz ist aber auch notwendig, wenn wir ernstlich Umweltschutz betreiben wollen. Denn für die Wiederaufbereitung von Abfallstoffen wie Glas, Metall, Plastik usw. wird ein gesteigerter Energieverbrauch erforderlich. Ebenso für den Betrieb weiterer Kläranlagen, wie auch bei der Abgasreinigung oder der Entschwefelung von Ölen und Kohlen.

Daß dieser ganze Komplex der Energiepolitik bei uns als Kraftwerkhersteller in den Büros und Werkstätten in dieser Tiefe und Breite mehr als anderswo diskutiert wird, ergibt sich einfach daraus, daß unsere Kolleginnen und Kollegen mit als erste betroffen sind.

Wir Arbeitnehmer sind der Meinung, daß neben allen Anstrengungen zur Energieeinsparung und der Entwicklung neuer Technologien zur Energiegewinnung in absehbarer Zeit nach wie vor Kohle, Mineralöl und Erdgas und sicher auch die Kernenergie zur Deckung des Energiebedarfes benötigt werden. Erdgas und Erdöl werden fast ausschließlich importiert, darum halten wir es für richtig, daß die heimische Kohle soweit wie möglich zur Energieversorgung herangezogen werden sollte: einmal, um die Arbeitsplätze im Bergbau zu sichern, zum anderen, um die Abhängigkeit von importierten Primärenergien zu verringern. Soweit unsere hei-

mische Kohle den sicherlich steigenden Energiebedarf nicht decken kann, sollte soviel Kernenergie als nötig eingesetzt werden.

Es hat sich bis heute erwiesen, daß die Technologie zur Gewinnung der Kernenergie eine sichere und beherrschbare Technologie ist. Ebenso gilt auch bei uns die Entsorgung als technisch beherrschbar. Politisch müßte nur der Standort geklärt werden wie auch die Teilerleichtungsgenehmigungen eingehen, damit einige Tausend Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten geschaffen werden können.

Daß wir Arbeiter und Angestellten von der Beherrschbarkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie überzeugt sind, läßt sich am besten daraus erkennen, daß doch wir es sind, die die Wartung, Reparaturen und Revisionen in den Kernkraftwerken vornehmen. Glauben denn die Leute, welche demonstrieren oder randalieren, daß wir Selbstmörder sind? Auch wir haben Familie, der wir uns gesund erhalten möchten. Wir sind nicht verantwortungslos, daß wir uns und unseren Nachkommen Risiken aufbürden, welche nicht tragbar wären. So und ähnlich hört man es bei täglichen Diskussionen am Arbeitsplatz. Sehr oft wird von den Kollegen auch das eindeutige Eintreten der Gewerkschaftsspitze, seien es die Kollegen *Vetter* oder *Loderer*, aber auch *Schmidt* von der IG Bergbau und Energie, für die friedliche Nutzung der Kernenergie, im Betrieb gelobt und gutgeheißen. Die Erklärung der 16 DGB-Gewerkschaften hat uns im Betrieb bei unserer Organisationsarbeit sehr geholfen.

Viel Verständnis haben die Arbeiter und Angestellten für Bürgerinitiativen. Der eine oder andere ist selbst in einer tätig. Aber die Kollegen sagen, daß die Bürgerinitiativen sich von den Antiinitiativen distanzieren sollten. Wenn Bürgerinitiativen Radikale - ob gewollt oder ungewollt — für sich arbeiten lassen, wenn Bürgerinitiativen Programme gegen unsere freiheitliche Ordnung aufstellen, verdienen sie den Namen Bürgerinitiativen nicht. Immer wieder fragen die Arbeitnehmer, wer denn die Leute sind, die es sich erlauben können, tage- und wochenlang widerrechtlich Bauplätze zu besetzen. Wovon leben diese Leute, wer bezahlt ihnen die Reisen zu den Bauplätzen? Unsere Kollegen auf den Bauplätzen fragen uns Betriebsräte, wer ihnen ihre Menschenwürde schützt? Täglich beschimpft, bespuckt und verhöhnt zu werden von Leuten, welche am Rande des Bauplatzes nur darauf warten, friedlichen Arbeitnehmern ihre Autoreifen zu zerstechen, das war wochenlang die Situation unserer Kollegen auf den Baustellen. Was passiert, so fragen die Kollegen, wenn ich mich wochenlang in Nachbars Garten niederlasse?

Zusammenfassend ist die Meinung der Kollegen: Bürgerinitiativen - ja, soweit sie sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegen. Hier gilt es auch, mit allen, die dazu bereit sind, zu diskutieren und jede Möglichkeit der Information weiterzugeben, also aufklärend zu wirken. Hingegen gibt es politische und gesellschaftliche Gruppen, welche aus ihrer totalen Ablehnung der Kernenergie kein Hehl machen, die sich aber bestimmt nicht bewußt sind, daß eine Demokratie von Mehrheiten lebt und das Allgemeinwohl in jedem Falle Vorrang haben muß.

#### *Zur Situation der Kraftwerk Union AG Mülheim/Ruhr*

Bezogen auf unsere Lage in der KWU sieht es so aus, daß sich die Belegschaftszahl in den letzten 12 Monaten um 350 verringerte. Indem die normale Fluktuation genutzt wurde, konnten wir Entlassungen vermeiden (von Zulieferfirmen sind uns allerdings Entlassungen bekannt). Deutliche Einkommenseinbußen mußten von fast allen Beschäftigten hingenommen werden. Erstmals konnten junge Kollegen nach Beendigung ihrer Ausbildung mangels Arbeit keinen Arbeitsvertrag bekommen. Trotzdem wurde auch diesmal der letzte Ausbildungsplatz wieder besetzt. Weil wir überzeugt sind, daß die Vernunft sich durchsetzen wird, wir morgen wieder Kernkraftwerke bauen und Facharbeiter brauchen werden.

Die heutige Lage im Kernkraftwerkbau kommt der eines Moratoriums gleich. An sieben Kernkraftwerken darf nicht gebaut werden. Ähnlich ist die Lage beim Bau von Kohlekraftwerken. Sieben Kohlekraftwerke werden heute von zum Teil sehr seltsamen Initiativen (Bergkamen-Heil) blockiert. Nahezu 15 Milliarden an Investitionsmitteln liegen brach, ein Gutteil der jetzigen Arbeitslosigkeit ließe sich damit abbauen.

Wir Arbeitnehmer der Kraftwerk Union wollen zur Energieversorgung von morgen beitragen, indem wir Kraftwerke bauen. Eine hochentwickelte Technologie, verbunden mit einem noch nie gekannten Sicherheitsstreben, und die Notwendigkeit zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im Interesse der Arbeitnehmer erfordern geradezu auch den Bau von Kernkraftwerken. Die weltweit anerkannte deutsche Kernkrafttechnologie wird bei einem Anhalten der jetzigen Situation, sei es ein ausgesprochenes oder unausgesprochenes Moratorium, zum Nutzen anderer auf mehr als ein Jahrzehnt zurückgeworfen.

Wissen muß man, daß bei der Kraftwerk Union von 14 000 Beschäftigten über 2000 Ingenieure und Wissenschaftler tätig sind. Über 58% aller Arbeitnehmer sind Angestellte, von den gewerblichen Kolleginnen und Kollegen sind nahezu 90 % qualifizierte Facharbeiter. Wer kann es dem einzelnen Arbeitnehmer verdenken, wenn die weitere Entwicklung und der Ausbau der Kernenergie zum Stillstand kommen, sich zu verändern. Das Ausland wird bestimmt an deutschen Ingenieuren und Wissenschaftlern interessiert sein. Die Erfahrung hat gezeigt, daß solche Mannschaften zusammenwachsen und nicht einfach zusammengestellt werden können. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen, wenn die Bundesrepublik morgen ein technisches Entwicklungsland wird?

Gewisse Bürgerinitiativen sind morgen vergessen! Keiner will morgen beim Demolieren von Bauplätzen dabeigewesen sein. Die Politiker werden morgen die Verantwortung tragen müssen! Wir Arbeitnehmer werden morgen mit dem Verlust von Arbeitsplätzen zahlen für mangelnde Entscheidungsfreudigkeit mancher Politiker. Wann werden die Politiker Entscheidungen treffen für die Mehrheit der Bevölkerung, für die Arbeitnehmer? Wir warten darauf!

*Julius Busch, Betriebsratsvorsitzender der Kraftwerk Union (KWU), Mülheim/Ruhr*

## Brokdorf - Zum innergewerkschaftlichen Diskussionsprozeß

### *Die Wirtschaftsstruktur des Kreises*

Wenn man einen Bericht über die gewerkschaftlichen Sorgen und Probleme im Zusammenhang mit der Errichtung eines Kernkraftwerkes in Brokdorf und den dagegen gerichteten Demonstrationen gibt, ist es notwendig, auch etwas über die Wirtschaftsstruktur unseres Kreises zu sagen.

Die Gemeinde Brokdorf liegt unmittelbar hinter dem Eibdeich, der die Wilstermarsch schützt, im Gebiet des Kreises Steinburg. Der Kreis Steinburg ist, abgesehen vom Nahbereich der Kreisstadt Itzehoe, ein gewerblich-industriell schwach strukturierter Kreis. Seine wirtschaftliche Situation ist durch folgende Fakten gekennzeichnet: Es fehlen mehrere tausend Arbeitsplätze und ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Der Anteil der Erwerbstätigen und das Lohn- und Gehaltsniveau liegen unter dem Landesdurchschnitt. Eine immer größere Zahl von Arbeitnehmern ist gezwungen, in Hamburg bzw. im Hamburger Um-

land Arbeit zu suchen oder wandert ab. Der Anteil der Arbeitslosen liegt überdurchschnittlich hoch. Diese schwierige Situation hat sich durch die weltweite Wirtschaftskrise noch verschärft.

Der DGB-Kreis Steinburg hat seit Jahren Forderungen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur gestellt. Er begrüßte daher auch die Entwicklung, die das Land Schleswig-Holstein mit dem Bau des Elbehafens im Raum Brunsbüttel, beiderseits der Kreisgrenze Dithmarschen/Steinburg, einleitete und die zur Ansiedlung von Unternehmen der Groß-Chemie und weiterer Betriebe in diesem Raum führte. Auch der Bau des Kernkraftwerks bei Brunsbüttel, das jetzt in Probetrieb ist, wurde nicht nur von den Gewerkschaften, sondern von der Bevölkerung allgemein gutgeheißen. Gegen den Bau wurden ganze zwei Einsprüche erhoben. Die maßgeblichen Politiker aller Parteien im Schleswig-Holsteinischen Landtag rechneten sich diese Standortwahl durch die Hamburger Elektrizitäts-Werke als politischen Erfolg an.

1973, auf dem Höhepunkt der Ölkrise, wurde dann das Gelände bei Brokdorf als Standort für ein weiteres Kernkraftwerk ausgewählt. Die Proteste, die damals in der Wilstermarsch laut wurden, richteten sich weniger gegen das Kernkraftwerk an sich als gegen den Standort. Der Regionalplan wies diesen Raum an der Elbe als Naherholungsgebiet aus, und große Teile der Bevölkerung vertraten die Auffassung, daß ein Kernkraftwerk nicht in ein Naherholungsgebiet gehört. Sie befürchteten, daß das Kraftwerk weitere Industriebetriebe nachziehen würde. Mit Zustimmung der Gemeindevertretung Brokdorf wurde dann der Regionalplan geändert und das für den Kernkraftwerkbau bestimmte Gelände als Sondergebiet ausgewiesen.

#### *Die gewerkschaftliche Meinungsbildung*

Der Kreisvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich erstmals im November 1975 mit dem geplanten Kernkraftwerk Brokdorf. Er informierte sich im Kernkraftwerk Stade über die Arbeitsweise eines solchen Werkes, über Sicherheitsauflagen und Bedingungen für den Betrieb, über Zahl und Art der Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten und versuchte einen Eindruck davon zu gewinnen, wie ein solches Kernkraftwerk in unsere niederdeutsche Landschaft paßt. Nach einem ausführlichen Gespräch mit Vertretern der Nordwestdeutschen Kraftwerke A.G. gab der Kreisvorstand nach der Auswertung dieses Informationsbesuchs folgende Presseerklärung ab: „Der Kreisvorstand Steinburg geht davon aus, daß die Sicherheitsauflagen und Vorschriften beim Bau und beim Betrieb eines Kernkraftwerkes und die Auflagen zum Schutze der Umwelt ausreichen, um durchaus vorhandene Risiken unter Kontrolle zu halten oder auszuschalten. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte und in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation im Kreise Steinburg kann auf zusätzliche Arbeitsplätze, die zugleich auch die Finanzkraft der Gemeinden stärken, nicht verzichtet werden. Ein Kernkraftwerk schafft Arbeitsplätze während der Bauzeit und nach Inbetriebnahme. Es sichert durch Energiebereitstellung auch die Arbeitsplätze der Zukunft.“

Der als Überraschungsaktion gestartete Baubeginn am 26. Oktober 1976 löste auch in unserer Region die grundsätzliche Diskussion über Kernkraftwerke aus, die mit den Demonstrationen noch heftiger und selbstverständlich auch in den Gewerkschaften kontrovers geführt wurde.

Nach der ersten Brokdorf-Demonstration am 31. Oktober 1976 sprach sich der Kreisjugendausschuß gegen den Bau des Kernkraftwerkes aus. In einem Antrag forderte er, die Gruppen der Kernkraftwerkgegner personell zu unterstützen und sich öffentlich für deren Forderungen einzusetzen und formulierte eine Solidaritätsadresse an die Teilnehmer der am 14. November 1976 in Brokdorf geplanten Demonstration.

Auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden, der auf die notwendige Solidarität zu den Arbeitnehmern der NWK verwies, die am 5. November 1976 mit über 1000 Kollegen für das Kraftwerk in Brokdorf demonstriert hatten, erklärte sich der KJA bereit, die Ausführung dieses Beschlusses bis nach Beratung im DGB-Kreisvorstand aufzuschieben.

Der Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte sich in einer Presseerklärung gegen das Vorgehen der Polizei bei der Demonstration am 31. Oktober 1976 gewandt, aber auch die Gewalttätigkeiten von Teilnehmern der Demonstration verurteilt.

Der Vorstand des DGB-Kreises Steinburg befaßte sich dann in seiner Sitzung am 1. Dezember 1976 eingehend mit diesem Komplex. Er faßte folgenden Beschluß: Der Kreisvorstand hält es für richtig, solange keine Erklärungen zum Thema „Kernkraftwerke“ und „Kernkraftwerk Brokdorf“ abzugeben, bevor nicht die Meinungsbildung in den Gewerkschaften und im DGB-Bundesvorstand zur Verwendung von Kernenergie abgeschlossen ist. Dabei geht er im Hinblick auf den Antrag des KJA ganz selbstverständlich davon aus, daß zu solchen Stellungnahmen nur die Satzungsorgane des DGB-Kreises, nämlich Kreisvorstand und Kreisdelegiertenversammlung berechtigt sind. Zugleich spricht sich der Kreisvorstand dafür aus, die Sachdiskussion über den Zusammenhang von Energie und Arbeitsplätzen vor allem in den Personengruppen und Ortskartellen zu verstärken.

Erstaunlicherweise war die Diskussion innerhalb der Gewerkschaften und des DGB aber keineswegs so stark wie erwartet. Unmittelbar vor bzw. nach den Demonstrationen am 19. Februar 1977 in Itzehoe und Wüster fanden in diesen Orten Ortskartellversammlungen statt, in denen es nicht eine Wortmeldung zum Thema Brokdorf und Demonstrationen gab. Nur auf der Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier in Itzehoe wurde ein Initiativantrag angenommen, mit dem zur Teilnahme an der Demonstration in Itzehoe aufgerufen wurde.

In unserer Mitgliedschaft, wie allgemein in der Bevölkerung, zeigte sich eine erhebliche Verunsicherung. Politiker und Parteien, die gestern noch voll auf Kernenergie setzten und in Programmen ihren zügigen Ausbau forderten, standen nun plötzlich bei den Demonstrationen mit Kernkraftwerksgegnern in einem Glied. Unsere Mitgliedschaft wartete in diesen Tagen und Wochen auf eine eindeutige Stellungnahme des DGB.

Der Entwurf einer solchen Stellungnahme wurde vom Kreisvorstand in seiner Sitzung im Februar 1977 beraten. Der Kreisvorsitzende wurde beauftragt, in der zu diesem Thema angesetzten Sekretärstagung in Hamburg folgende Punkte in die Diskussion einzubringen: Die beabsichtigte Stellungnahme des DGB muß möglichst eindeutig sein, damit sich nicht Gegner und Befürworter der Kernenergie auf sie berufen können. Es muß klar sein, wieviel Energie wir benötigen, um die Vollbeschäftigung wiederzuerlangen. Es muß geklärt werden, ob wir diese Energiemengen ohne weitere Kernkraftwerke erzeugen können oder wenn nicht, welcher Anteil ihnen zufällt und es muß gesagt werden, unter welchen Voraussetzungen und Vorbedingungen der DGB den eventuell für notwendig erachteten Kernkraftwerken zustimmt.

Die Stellungnahme des Bundesvorstandes „Kernenergie und Umweltschutz“ vom 5. April 1977 ist dann vom Kreisvorstand mit Zustimmung aufgenommen worden. Sie hat ganz erheblich dazu beigetragen, die Diskussion weiter zu versachlichen. So hat unter dem Eindruck dieser Stellungnahme auch die Kreisjugendkonferenz einen Antrag, der ursprünglich die totale Ablehnung des Kernkraftwerkbaues in Brokdorf beinhaltete, dahingehend abgeändert, daß sie sich „unter den gegebenen Voraussetzungen“ gegen das Kernkraftwerk aussprach.

Die Diskussion wird weitergehen. In den Gewerkschaften unseres Kreises ist sie bestimmt von dem Spannungsverhältnis Sicherung der Existenzgrundlagen durch mehr Arbeitsplätze zu Risiken der Kernenergie.

*Paul Barth, Vorsitzender des DGB-Kreises  
Steinburg/Holstein*

## Gewerkschaftliche Diskussion über Kernenergie in Niedersachsen

Der „Spaltpilz“ der Kernspaltung macht sich unter den gewerkschaftlichen Kollegen in Niedersachsen bemerkbar. Während in den Vorständen aller DGB-Kreise, des DGB-Landesbezirks und auch in den Vorständen der Einzelgewerkschaften die Herausgabe der Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes vom 5. April 1977 zur Kernenergie begrüßt wird, ist das Thema: „Kernenergie — Wirtschaftswachstum — Arbeitsplätze“ an der gewerkschaftlichen Basis zu einem kontrovers diskutierten Thema geworden. Hier einige Beispiele:

- Mit großem Unwillen und der Androhung auf Ausschluß reagierte der Vorstand einer großen Industriegewerkschaft in Hannover auf die Einzelaktion einer Kollegin in Celle, die in ihrem Betrieb eine Unterschriftenliste gegen Kernenergie herumgehen ließ.
- Mit wachsender Sorge blicken die Betriebsräte in Holzminden an der Weser in einer großen Elektrofabrik (Zulieferer zu Atomkraftwerken) auf einen möglichen Baustopp von Kernenergieanlagen. Sie beobachteten daher auch mit größter Abneigung die zeitweilige Existenz des 50 km weserabwärts liegenden Antiatomdorfes bei Grohnde.
- In Hannover und Göttingen wurden in den letzten Wochen gewerkschaftliche Arbeitskreise, wie „Gewerkschaftsgruppen in den BI“, „Arbeiter gegen Atom“ oder „Betrieb und Gewerkschaft“ mit dem eindeutigen Ziel, gegen die sogenannte „Atomlobby“ innerhalb des DGB anzugehen, gegründet.
- In dem für den Atommüllstandort Gorleben zuständigen DGB-Kreis Lüneburg/Dannenberg wurde Ende April 1977 eine Sonderdelegiertenversammlung zum Thema Kernenergie durchgeführt, um über das „strahlende“ Problem eingehend diskutieren zu können. Trotz des ausgezeichneten Vortrages von Prof. *Schäfer*, Bremen, gegen die Kernenergie und eines weniger guten Plädoyers eines Preußen-Elektra-Vertreterers für die Kernenergie, lehnten die Delegierten drei Anträge von der DGB-Kreisjugendkonferenz und der HBV-Ortsverwaltung Lüneburg gegen den weiteren Ausbau von Kernkraftwerken und einer Wiederaufbereitungsanlage ab. Die Delegierten waren nicht gewillt, über die umfassende Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes hinauszugehen und weitergehende Forderungen gegen diese Energieart zu unterstützen.
- Die Kollegen der IG Bau—Steine—Erden, die auf der Baustelle des Kernkraftwerkes Grohnde tätig sind, hängten auf ihrem Arbeitsplatz Plakate gegen die damaligen Bewohner des angrenzenden Antiatomdorfes mit folgendem Text: „Jagt die Molukker in die Weser“. Ihr gestörtes Vertrauen zur staatlichen Autorität, das nach ihrer Meinung viel zu lange dem „Pennertum“ der KKW-Gegner zusah, war erst nach der Räumung des Dorfes (200 Bewohner) durch 1200 Polizisten wiederhergestellt.
- In Göttingen wurde auf DGB-Kreisebene ein Arbeitskreis gegen Kernenergie nach einer intensiven Diskussion zwischen Gewerkschaftskollegen, die auf der einen Seite für den DGB-Bundesvorstandsbeschuß eintraten und auf der anderen Seite gegen die Arbeitsplätze in der Kernenergie Front machten, eingerichtet.

- In Wolfsburg verfaßte der GEW-Kreisverband eine Resolution zum Thema „Kein KKW in Brokdorf und auch sonst nirgends“.
- In den Vorständen der DGB-Kreise Alfeld, Bremerhaven, Celle, Emden, Emsland, Göttingen, Hameln, Helmstedt, Holzminden, Hildesheim, Lingen, Lüneburg und Uelzen (diese Kreise sind nur als Beispiele aufgeführt) wurde das Papier des DGB-Bundesvorstands vom 5. 4. 1977 einmütig begrüßt und den Mitgliedern als DGB-Meinung empfohlen. Der DGB-Kreis Hannover stellte aber fest, daß es sich hier um keine bindende Aussage des DGB-Bundesvorstandes, sondern nur um eine Orientierungshilfe handelt.
- Auf den 1.-Mai-Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes traten erstmalig sogenannte Arbeitnehmergruppen gegen Kernenergie auf, die sich z. T. aus Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften rekrutierten oder ihren Standort links vom DGB haben. Diese „Kollegen“, deren Heimat mehr im kommunistischen Bereich zu suchen ist, machten lautstark Front gegen Kernenergie und DGB.
- Im Umland des seit knapp 10 Jahren (1968) schon im Betrieb befindlichen Kernkraftwerkes Lingen herrscht laut Auskunft des DGB-Kreisvorsitzenden seit eh und je Ruhe, obwohl es auch dort schon, wie in den anderen Kernkraftwerken, zu „normalen“ Störfällen im Reaktorbereich gekommen ist. Eine innergewerkschaftliche Diskussion über die dortigen Arbeitsplätze oder auch Bürgerinitiativen konnte in Lingen nicht festgestellt werden.

Betrachtet man nun den Diskussionsstand auf Landesebene, so stellt man bei mehreren Vorstandsmitgliedern zunehmend eine Bewußtseinsänderung gegenüber der Kernenergie fest. Wurde diese Energieart noch bis vor einem Jahr als unabdingbare Grundlage aller weiterer Industrialisierung in Niedersachsen mit Überzeugung vertreten, so stellt sich dieses Problem heute für viele Funktionäre anders dar. Sie alle mußten sich nämlich in den letzten Monaten in vielen Versammlungen sehr viele kritische Äußerungen zu diesem Thema anhören und bei ihren Reaktionen hierauf ihren bisherigen Standpunkt überprüfen. Diesem Lernprozeß konnten sich in Niedersachsen viele Sekretäre nicht entziehen, wobei damit nicht gesagt ist, daß nun die „Hauptamtlichen“ zu den Gegnern der Kernenergie überwechselten; nein, hier machte sich nur eine differenzierte Haltung bemerkbar, die in die wirtschaftliche Notwendigkeit auch die nicht mehr wegzudiskutierenden Risiken einbezog.

Als Beobachter dieser Szene in Niedersachsen können wir aber nach wie vor unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema zwischen Funktionärs- und Mitgliederebene feststellen. Während die „Hauptamtlichen“ ihr breites Informationsspektrum der Bundesvorstandsstellungnahme entnehmen, bewegen sich viele Mitglieder in dieser Frage hin und her und losgelöst von jeder Vorstandsmeinung. Was und wie „da unten“ diskutiert wird, ist denen „da oben“ (Kreisvorständen) zum großen Teil nicht bekannt. So sprachen sich in Hannover laut der „Anti-Atom-Zeitung Hannover“ vom 19. 6. 1977 unmißverständlich gegen den Bau von AKW bzw. für sofortigen Baustopp aus: die Kreisdelegiertenkonferenz der HBV, der Arbeitskreis arbeitsloser Lehrer in der GEW, die Fachgruppe Sozialarbeit der ÖTV, der Kreisjugendausschuß der ÖTV, der Kreisvorstand der GEW Hannover, der Vertrauensleutkörper der VW (VW-Werke, IG Metall), 12 Personalräte und 8 Vertrauensleute (ÖTV) vom Landkreis Hannover.

Unabhängig von diesen divergierenden Meinungen treten auch deutliche regionale Unterschiede auf. Diese regionalen Unterschiede sind einmal gewerkschaftsspezifisch, aber auch von lokaler Natur. Dort, wo z. B. die Kollegen der IG Bergbau und Energie stark vertreten sind, wie z. B. im Helmstedter Raum durch den Braunkohlenabbau, wird in den gewerkschaftlichen Diskussionen eine positive Haltung gegenüber der Kernenergie eingenommen. Dies liegt einmal in der Grundtendenz, die diese Industriegewerkschaft gegenüber der Kern-

energie einnimmt, zum anderen aber auch in dem allgemeinen Bemühen dieser Gewerkschaft um das Freihalten weiterer Möglichkeiten zum Bau von Großkraftwerken.

Aus niedersächsischer Sicht läßt sich feststellen, daß insbesondere die IG Bergbau und Energie, unabhängig von der zuständigen ÖTV, zum stärksten Befürworter der Kernenergie geworden ist. Eine ähnliche Haltung wie bei der IGBE ist natürlich auch bei den Kollegen, die beim Neubau eines Kernkraftwerkes (Grohnde) beschäftigt sind, wie aber auch bei den Kollegen von der ÖTV, die in den schon laufenden oder kurz vor ihrer Inbetriebnahme stehenden Kernkraftwerken tätig sind, zu beobachten. Auf Grund ihrer nicht unberechtigten Existenzangst kann die Haltung der Kollegen gegenüber den Baustoppbefürwortern, wie im Fall Grohnde schon dargestellt, in direkten Haß gegenüber allen KKW-Kritikern umschlagen. Es kommt hinzu, daß den Kollegen auf der Baustelle in Grohnde sehr unwohl ist, gettoartig hinter hohen, bewachten Stacheldrahtzäunen arbeiten zu müssen.

Verwundern mag es dagegen, daß Betriebsratskollegen von der IG Metall und der ÖTV in Wilhelmshaven nicht an einer beschleunigten Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in Esensham interessiert sind, das den zukünftigen Strom für das noch anzusiedelnde britische ICI Chemiewerk in Wilhelmshaven liefern soll.

1976 wurde in vier Regionen von Niedersachsen ein Standort für die spätere Wiederaufbereitungsanlage von abgebrannten Kernbrennstoffen gesucht. Jeweils dort, wohin sich das Hauptaugenmerk der Fachwelt und Öffentlichkeit richtete, kam es auch zu lokalen Protesten innerhalb der örtlichen Gewerkschaftsgremien. Es war zu erkennen, daß trotz der zu erwartenden hohen Investitionssummen (ca. 10 Milliarden) die Kollegen an der unmittelbaren Nähe zu einer Atom Müllfabrik nicht interessiert waren.

Unabhängig von der aktuellen Stimmung auf Ortsebene beschäftigt sich schon seit ca. vier Jahren der dem DGB-Landesbezirksvorstand beratend angeschlossene Ausschuß für Umweltfragen mit dem Problem der Kernenergie in Niedersachsen. Dieser Ausschuß sah sich zur eigenen Information vor Ort die Ablagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen in dem Kalisalzbergwerk Schacht Asse an, stieg in die noch nicht fertig gebauten inneren Druckbehälter des Kernkraftwerkes Esensham ein und diskutierte die Risiken mit Atomwissenschaftlern und Vertretern der Genehmigungsbehörde im niedersächsischen Sozialministerium, insbesondere über die Bereiche, die für die Arbeitnehmer in diesem Gesamtkomplex von Bedeutung sind.

Da die Frage, ob die Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe und Atom Mülldeponie nach Niedersachsen kommen soll oder nicht, auch für den Landesbezirk Niedersachsen von eminent wichtiger Bedeutung wurde, führte der Ausschuß für Umweltfragen im November 1976 mit den Betreibern dieser Anlage eine Anhörung durch. An diesem Gespräch nahmen alle zuständigen Repräsentanten von den Kernforschungsanlagen in Jülich und Karlsruhe, dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, dem niedersächsischen Sozialministerium und Wirtschaftsministerium sowie weitere Wissenschaftler teil. Um eine einseitige Information zu vermeiden, wird der Ausschuß für Umweltfragen beim DGB-Landesbezirk Niedersachsen am 19. September 1977 ein weiteres Gespräch durchführen, und zwar diesmal mit den Kritikern dieser Anlage. Hierzu zählen Atomphysiker aus Bremen (z. B. Prof. *Noak*) sowie namhafte Vertreter vom Landesverband der Bürgerinitiative Umweltschutz und der örtlichen Bürgerinitiative aus Gorleben.

In dieser zweiten Anhörung erwarten die Gewerkschaftsvertreter Antwort insbesondere zu folgenden Fragen:

Ist eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für den weiteren Betrieb der Leichtwasserreaktoren wirtschaftlich zwingend erforderlich? Wird der Bau einer WAA in erster Linie für den Betrieb der „schnellen Brüter“ erforderlich sein? Können abgebrannte Brennstäbe aus Kernkraftwerken auch ohne eine WAA-Behandlung langfristig sicher gelagert werden? Welche Qualität haben die Arbeitsplätze in einer WAA, und welche gesundheitlichen Belästigungen sind dort zu erwarten? Wie hoch ist die Fluktuation der Arbeitnehmer durch die Strahlenbelastungen in einer WAA? Welche Veränderungen ergeben sich für die Bevölkerung im näheren und weiteren Umfeld durch den Betrieb einer WAA?

Die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen soll den DGB-Landesbezirksvorstand neben noch weiteren Gesprächen mit den Betreibern und der niedersächsischen Landesregierung in den Stand versetzen, sein Votum zu diesem Themenkomplex (WAA) abgeben zu können. Mit dem DGB-Bundesvorstand ist vereinbart, daß der DGB-Landesbezirk sich jeweils in der weiteren Erörterung von Sachfragen auf der Ebene des Bundesvorstandsbeschlusses vom 5. April 1977 bewegen wird.

Der DGB-Landesbezirksvorstand wird seine Diskussion mit allen beteiligten Kräften in Niedersachsen nicht über die Frage: Kernenergie ja oder nein? führen, denn nach wie vor hält er am weiteren Betrieb der jetzt schon laufenden und noch im Bau befindlichen Kernkraftwerke fest. Der DGB-Landesbezirk Niedersachsen wird aber jederzeit bereit sein, über die Gefahren und Risiken, die von den einzelnen Teilabschnitten dieser Energiegewinnungsart ausgehen, offen zu diskutieren bzw. auch so weit zu gehen, einzelne Projektabschnitte, wie z. B. die WAA, auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Daß es zu einer gesicherten langfristigen Entlagerung von Kernbrennstoffen sehr bald kommen muß, wird in Niedersachsen als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.

*Wilhelm Kulke, Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen  
des DGB-Landesbezirkes Niedersachsen*